Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute unter anderem zu folgenden Themen: XXL-Propaganda als Dauerschleife; mehr als eine Million neue Stellen in den USA?; Bonuszahlungen können Teamleistungen verschlechtern; am Kundenwohl vorbei beraten; Lohnerhöhungen unter Ökonomen umstritten; Zeit für Schikane; Euro-Krise: Ein „Ansteckungstest“ steht bevor; eine Generation Spanier vor dem Nichts; Anschlagserie auf Moscheen gibt Rätsel auf;
»Die FDP war in NRW von Nazis unterwandert«; Frankfurter Rundschau – der ewige Patient; Nachtrag zum ZDF-Film „2030 – Aufstand der Jungen“; Amerikas verirrte Debatte; völkischer Komplettumbaus des ungarischen Staates; Wikileaks zu Dänemark: Antwort unerwünscht; Tote und Verletzte bei sozialen Protesten in Algerien und Tunesien; Sudan: Satelliten sollen Gewalt verhindern. (KR/WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. XXL-Propaganda als Dauerschleife
2. Mehr als eine Million neue Stellen in den USA?
3. Bonuszahlungen können Teamleistungen verschlechtern
4. Banken: Am Kundenwohl vorbei beraten
5. Lohnerhöhungen unter Ökonomen umstritten
6. Zeit für Schikane
7. Euro-Krise: Ein «Ansteckungstest» steht bevor
8. Eine Generation Spanier vor dem Nichts
9. Anschlagserie auf Moscheen gibt Rätsel auf
10. »Die FDP war in NRW von Nazis unterwandert«
11. Frankfurter Rundschau – der ewige Patient
12. Nachtrag zum ZDF-Film „2030 – Aufstand der Jungen“
13. Amerikas verirrte Debatte
14. Völkischer Komplettumbaus des ungarischen Staates
15. Wikileaks zu Dänemark: Antwort unerwünscht
16. Tote und Verletzte bei sozialen Protesten in Algerien und Tunesien
17. Sudan: Satelliten sollen Gewalt verhindern

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **XXL-Propaganda als Dauerschleife**

Ein kurzes Update der letzten Wirtschaftsdaten zur Dokumentierung der weiterhin schöngefärbten XXL-Berichterstattung. Querschuesse zeichnet an Hand von offiziellen Datensätzen ein etwas anderes Bild.
Quelle: Querschuesse

2. **Mehr als eine Million neue Stellen in den USA?**
So könnte die Überschrift zur amerikanischen Arbeitsmarktentwicklung 2010 lauten. Was sich zunächst erfreulich anhört, ist angesichts der ungeahnten konjunkturpolitischen Anstrengungen bei genauerem Hinsehen eher ein Drama. Von den 1,1 Millionen Arbeitsplätzen, die über die vergangenen zwölf Monate geschaffen wurden, entfallen 342.000 auf das Gesundheits- und Sozialwesen, wo die Kosten aus dem Ruder laufen. Mit 16,584 Millionen Beschäftigten zählt dieser Bereich inzwischen fast genauso viele Arbeitsplätze wie das verarbeitende Gewerbe und der Bau zusammen (17,273 Millionen). Vor zehn Jahren belief sich das Verhältnis auf 12,873 zu 23,97 Millionen. Weitere 240.000 Stellen sind über die vergangenen zwölf Monate im Bereich Freizeit/Gastgewerbe entstanden, wo der mittlere Wochenlohn bei 43 Prozent des Niveaus in der gesamten Privatwirtschaft liegt. Dazu noch den Anstieg der Beschäftigung in der Zeitarbeitsbranche von 308.000 über die vergangenen zwölf Monate betrachtet, darf man die Qualität des Arbeitsplatzaufbaus wohl als durchaus bescheiden bezeichnen.
Quelle: FTD
3. **Bonuszahlungen können Teamleistungen verschlechtern**
Hohe Bonuszahlungen können innerhalb von Unternehmen für Schwierigkeiten sorgen – weil der Anreiz direkt für einen einzelnen wirkt, aber die Kooperation unter den Mitarbeitern bricht zusammen, was dem Gesamtergebnis anscheinend mehr schadet als der einzelne "Ehrgeizling" an Vorteilen bringt für die jeweilige Abteilung.
Quelle: idw

Anmerkung Volker Bahl: *Vielleicht muss man daraus auch schlussfolgern, dass dieses Um-sich-greifen der "Bonus-Zahlungen" ein typisches Ergebnis der neoliberalen Ideologie ist, wo es nur noch auf den Einzelnen und nicht mehr auf das gemeinsam erwirtschaftete Gesamtergebnis ankommt.*

4. **Banken: Am Kundenwohl vorbei beraten**
In vielen Banken nimmt die Kundenbetreuung Züge von Fließbandarbeit an: Standardprodukte sollen möglichst reibungslos und in großen Mengen verkauft werden. Wissenschaftler weisen auf die Nachteile für Beschäftigte und Kunden hin… Die Beschäftigten leiden aber nicht nur unter dem Leistungsdruck, sondern offensichtlich auch unter dem ständigen Zielkonflikt zwischen Kunden- und

Verkaufsorientierung. Selbst wenn es Gegenstimmen gibt: Die Mehrzahl der Betriebs- und Personalräte sagt, dass ihr Institut sich im Zweifel gegen die Kunden entscheidet. Kampagnen spielen im Vertrieb eine große Rolle, phasenweise werden einzelne Produkte besonders aggressiv vermarktet. Es gibt dann die Vorgabe, hiervon möglichst viel abzusetzen. "Im Grunde entscheidet der Computer" darüber, welche Geldanlage an den Mann oder an die Frau gebracht wird, stellt ein Beschäftigter fest. Ein anderer sagt: "Der Kunde hat auf jeden Fall im Moment das Nachsehen." Ein Befragter berichtet von einer Anweisung: Er müsse das zu verkaufende Produkt nicht verstehen, er brauche es nur zu verkaufen.
Einige deutsche Banken haben vor der Krise Nachsteuerrenditen von über 20 Prozent angestrebt und tun das weiterhin. Solche Eigenkapital-Renditen sind nur unter Inkaufnahme großer Risiken erreichbar, schreiben Breisig und sein Team. Und zu den Risiken gehörten auch "die Gefährdung langfristiger Kundenbindung durch eine überstrapazierte Verkaufsorientierung in Kurzfristperspektive" sowie ein "Heißlaufen der Zielsysteme". Die Citibank, wegen ihrer geringen Kosten je Ertrag einst als Vorbild gepriesen, hat sich als schlechtes Beispiel erwiesen – ihre Deutschland-Tochter musste verkauft werden, damit der Konzern nicht in die Insolvenz muss.
Quelle: Böckler Impuls 20/2010

5. **Lohnerhöhungen unter Ökonomen umstritten**
Der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland setzt sich 2011 fort. Ob und wie stark die Löhne zulegen müssen, zählt zu den zentralen ökonomischen Streitfragen des neuen Jahres. Ein Pro und Contra von Gustav Horn und Dennis Snower.
Quelle: WirtschaftsWoche

Anmerkung WL: *Snower ist ein typischer Vertreter der Sichtweise vom Arbeitsmarkt als einem Kartoffelmarkt: Löhne runter, Arbeitsmarkt geräumt. In Deutschland erhöhten sich die Arbeitnehmerentgelte von 2001 bis 2010 nur noch um 1,0 v.H. Das war nicht einmal ein vollständiger Ausgleich der Preissteigerungen. Nach Snower hätte das zu mehr Beschäftigung und zu mehr Wachstum führen müssen. Das Gegenteil trat ein, der private Konsum stagnierte über ein Jahrzehnt. Sowohl die Zuwachsrate der Beschäftigung als auch des Bruttoinlandsprodukts waren in dieser Dekade unterdurchschnittlich.*
Zur Glaubenslehre von Snower ein passendes Zitat von Heiner Flassbeck: „Auch dieses Wunder ist ein Wirtschaftswunder: Die Einkommen der Unternehmen und der Vermögenden steigen in diesem Jahr um 14 % und nächstes um 3,6, womit sie nicht nur die Verluste des Vorjahres leicht ausgleichen, sondern auch den Zuwachs des privaten Verbrauchs bestreiten. Man sieht, in der schönen neuen Welt der Wirtschaftsökonomen braucht man die Massen in der Tat nicht mehr, die

Unternehmen machen alles, konsumieren, investieren und exportieren. Wenn das in Europa die anderen Länder auch noch kapieren, müssen wir nur noch die Wesen vom Mars davon überzeugen, dass wir von nun an alles produzieren, was sie brauchen, und schon ist die Sache geritzt.“

6. **Zeit für Schikane**
   In Deutschland sind derzeit eine Million Menschen im Zeitarbeitssektor beschäftigt. Arbeitsmarktexperten stellen die Leiharbeit häufig als beste Chance für eine Festanstellung und probates Instrument gegen Arbeitslosigkeit dar. Die Erfahrungen von Leiharbeitern bestätigen das nicht.
   Quelle: Jungle World
7. **Euro-Krise: Ein «Ansteckungstest» steht bevor**
   Das unaufhaltsame steigen der Rendite auf zehnjährige portugiesische Staatsanleihen gilt Experten als schlechtes Vorzeichen für den Mittwoch. Dann will Portugal Schuldverschreibungen mit drei und neun Jahren Laufzeit im Volumen von 1,25 Milliarden Euro versteigern. Doch als noch spannender sehen die Analysten den Donnerstag an: Sollte die vorhergehende Auktion der portugiesischen Papiere negativ auf die Ausgabe von Schuldverschreibungen Spaniens und Italiens an diesem Tag wirken, würden sich aller Augen auf das Treffen der Euro-Finanzminister in der kommenden Woche in Brüssel richten. «Die Haltung des Marktes zu den Papieren aus Spanien und Italien ist wohl spannender», meinte Rabobank-Analystin Jane Foley. «Das wird der wahrhaftigere Test, ob die Ansteckung weitergeht.»
   Quelle: NZZ
8. **Eine Generation Spanier vor dem Nichts**
   Die schwere Wirtschaftskrise im Land mit einer Arbeitslosigkeit von 20 Prozent hat vor allem die Perspektiven der Jungen zerstört. «Bei einer derart intensiven Arbeitsplatzvernichtung ist die Nachwuchsgeneration das verletzlichste Kollektiv», erklärt Santos Ruesga, Professor für angewandte Ökonomie an der Autonomen Universität Madrid. Der spanische Arbeitsmarkt habe in den zurückliegenden Boomjahren enorm viele neue Jobs geschaffen. In der Krise aber, so Ruesga, seien diejenigen, die sich zuletzt eingegliedert hatten, als Erste entlassen worden. Mehr als 40 Prozent der unter 25-Jährigen sind derzeit ohne Job. Die Mehrheit der jungen Leute in Spanien arbeitet ohnehin nur auf der Basis von befristeten Verträgen. Verträge, die angesichts der gegenwärtigen Konjunktur-Misere nur noch in den seltensten Fällen verlängert werden.
   Schon gut ausgebildeten Akademikern fällt es überaus schwer, beruflich Fuß zu fassen. Noch viel härter aber trifft es diejenigen, die keinerlei Qualifikation vorweisen können. Etliche von ihnen hatten in den zurückliegenden Jahren des Immobilienbooms

auf dem Bau gutes Geld verdient. Heute gehören sie zu den größten Verlierern der Krise. Auf der Baustelle, berichtet Fernández, während er frierend von einem Bein aufs andere tritt, konnte man damals auch als ungelernter Arbeiter 1500 Euro im Monat verdienen. Wozu also weiter büffeln bis zum Mittelschulabschluss. Die Arbeitslosenrate der unter 25-Jährigen, die so wie er ohne jede Qualifikation dastehen, beträgt inzwischen alarmierende 62 Prozent. Viele Altersgenossen drücken daher inzwischen wieder die Schulbank. Auch die Ausbildungswerkstätten erleben neuerdings einen bisher ungekannten Ansturm. Andere haben mit ihrer Arbeitssuche in Spanien inzwischen abgeschlossen. 200 000 vorwiegend junge Spanier haben in den letzten drei Jahren den Weg der Emigration gewählt. Anders aber als noch in den sechziger Jahren ist diese neue Auswanderergeneration hochqualifiziert. Vor allem junge Ingenieure und Architekten, Berufsgruppen also, die vom Konjunktureinbruch besonders betroffen sind, führen die Liste derer an, die ihrer Heimat notgedrungen den Rücken kehren.
Quelle: NZZ

Anmerkung WL: *Aber die EU zwingt Spanien ausschließlich zum Sparen, damit die berühmten Stabilitätskriterien wieder eingehalten werden. Was mit den Jugendlichen passiert, interessiert da gar nicht.*

9. **Anschlagserie auf Moscheen gibt Rätsel auf**
   Viermal wurde versucht, die größte Berliner Moschee anzuzünden: die Sehitlik-Moschee des eng mit dem türkischen Staat verbandelten Dachverbands Ditib. Aber auch die salafistisch-fundamentalistisch geprägte Al-Nur-Moschee in Neukölln und die "Islamische Kulturgemeinde der Iraner" wurden attackiert; schließlich die Moschee der Ahmadiyya, einer erst im 19. Jahrhundert entstandenen islamischen Bewegung, die vor allem in Pakistan immer wieder von Extremisten angegriffen wird, die die Ahmadis nicht als Muslime anerkennen. Bisher ist bei den Brandanschlägen in Berlin nur leichter Sachschaden entstanden. "Das nächste Mal könnten Menschen verletzt werden", befürchtet Yasir Aziz, der am Samstag mit dem Schrecken davonkam.
   Quelle: taz
10. **»Die FDP war in NRW von Nazis unterwandert«**
    Die Linkspartei will im Landtag die Einsetzung einer historischen Kommission beantragen. Ein Gespräch mit Rüdiger Sagel.
    Ich hatte bereits 2009 dem Landtag das Ergebnis einer Studie »60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen – Das vergessene braune Erbe« vorgelegt. Diese Untersuchung belegt: Mehr als 40 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien im Landtag nach dem 2. Weltkrieg waren in der Nazizeit Mitglied der NSDAP oder wirkten bei parteinahen

Organisationen wie SS oder SA mit. Darunter nicht weniger als acht Fraktionsvorsitzende und zwei spätere Landesminister, zum Beispiel Willy Weyer (FDP) und Paul Mikat (CDU).
Insbesondere in der FDP war der Anteil ehemaliger Nazis hoch: In den Nachkriegsjahren hatte mehr als jeder fünfte FDP-Landtagsabgeordnete eine braune Vergangenheit. Die Partei war in NRW regelrecht unterwandert. Zwischen 1955 und 1975 wurde die FDP-Fraktion von sechs ehemaligen Nazis, darunter drei SS-Männern geführt. Im 2008 erschienenen Jahrbuch »60 Jahre Landtag in Nordrhein-Westfalen« hatte allerdings nur ein einziger Abgeordneter auf seine Nazi-Vergangenheit hingewiesen. Alle anderen haben sie verschwiegen. So wird deutlich, daß eine Aufarbeitung dringend notwendig ist.
Quelle: junge Welt

11. **Frankfurter Rundschau – der ewige Patient**
Mit trauriger Regelmäßigkeit erreichen die Branche Hiobsbotschaften der Frankfurter Rundschau.
Der interessanteste Teil der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Bilanz der Frankfurter Rundschau für 2009 ist die Prognose, bei der es ums gerade zu Ende gegangene Jahr 2010 geht. Demnach rechnete der FR-Geschäftsführer Karlheinz Kroke auf Basis der Planungen vom November 2009 damit, dass die FR für 2010 einen Verlust in Höhe von 18,3 Mio. Euro schreibt. Auch für das angebrochene Jahr 2011 werde noch mit einem Verlust gerechnet, heißt es in dem Finanzbericht. Und weiter: "Der weitere Personalabbau ist unabdingbar, um die Gesellschaft mittelfristig zu einem ausgeglichenen bzw. positiven Ergebnis zu führen."
Die FR hat in den vergangenen Jahren eine Sparrunde nach der nächsten erlebt. Im Jahr 2000 beschäftigte das Blatt noch rund 1.650 Mitarbeiter. Als die SPD-Medienholding DDVG die Frankfurter Rundschau im Jahr 2004 vor der drohenden Pleite rettete und 90 Prozent des Blattes übernahm, arbeiteten dort noch rund 1.110 Leute. Als der Kölner Verlag M. DuMont Schauberg dann 2006 als neuer Mehrheitsgesellschafter einstieg, lag die Zahl der Mitarbeiter noch bei 730. 2009 wurde die Zahl der Mitarbeiter im Durchschnitt mit 539 angegeben. Ein bemerkenswerter Personal-Kahlschlag, der in der Branche seinesgleichen sucht…
Ob die Frankfurter Rundschau als Vollredaktion im Jahr 2011 noch zu halten ist, erscheint derzeit mehr als fraglich. Der ewige Patient FR hat seine schmerzhafte Therapie noch immer nicht hinter sich.
Quelle: Meedia

12. **Nachtrag zum ZDF-Film „2030 – Aufstand der Jungen" 11.1.2011 um 20.15 Uhr**
Unser Beitrag zu diesem Film hat Reaktionen ausgelöst, die wir gerne zur Kenntnis

geben. Michael Buckup, bekannt als Initiator der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten in der SPD, geht in einer Mail auf die vermutliche Interessenverfilzung und den PR-Charakter des Films ein. Es ist gut, darauf hinzuweisen. Hier seine Mail:
„Mich hat mein Gedächtnis nicht getrügt: Der Film stammt wie das erste unsägliche Machwerk „Aufstand der Alten" von dem selben Regisseur Jörg Lüdorff, natürlich wieder vom ZDF produziert, und als Hauptdarstellerin fungiert die schauspielernde Versicherungsvertreterin Bettina Zimmermann, die schon damals in die laufenden Kameras der Vorberichterstattung faselte, wie toll es doch sei, dass ihre Eltern rechtzeitig für sie eine private Rentenversicherung abgeschlossen haben. Ich geh mit dir jede Wette ein, dass an dem neuen Machwerk wieder die gesamte Creme de la Creme der deutschen Versicherer von Allianz über AWD bis Züricher mitgewirkt haben. Wer länger einen Brechreiz aushalten kann, der sollte das Ganze mal systematisch verfolgen."

13. **Amerikas verirrte Debatte**
Das Land trauert, Amerikas linke Meinungsmacher blasen zum Angriff: Nach dem Attentat auf die demokratische Abgeordnete Gabrielle Giffords geben manche Kommentatoren Tea-Party-Ikone Sarah Palin eine Mitverantwortung. Das könnte sich bitter rächen – und Palin stärker machen.
Washington – Das Attentat auf die demokratische Abgeordnete Gabrielle Giffords ist eine Tragödie. Aber diese Tragödie könnte für die amerikanische Politik auch eine Chance sein, zusammenzurücken, zurück zu einem zivileren Umgang zu finden und endlich die Spaltung zu überwinden, die seit der Präsidentschaft von George W. Bush Amerika prägt. Aber schon Stunden nach dem Attentat droht die Debatte erneut zu entgleisen.
Ausgerechnet die, die sich im vergangenen Jahr am lautesten über die Debattenkultur erregt haben, über die Rhetorik der Tea Party, die harschen Worte der Rechten, die haltlosen Obama-Hitler-Vergleiche, vergiften nun die Debatte ihrerseits mit haltlosen Unterstellungen. Ohne Fakten zu kennen, suchen sie nach Schuldigen hinter dem Anschlag, und sie finden sie wahlweise bei den Rechten, der Tea Party, beim republikanischen Parteichef Michael Steele und der Tea-Party-Heldin Sarah Palin.
Quelle: Spiegel

Anmerkung AM: *Schon interessant, wie schnell der Autor des Spiegel zum einen den Kritikern der Tea Party und der sonstigen Rechten die Vergiftung der Debatte zuschiebt und zum andern dann auch schon weiß, dass es sich bei den Vorwürfen an Sarah Palin und ihre Getreuen um „haltlose Unterstellungen" handelt.*

14. **Völkischer Komplettumbau des ungarischen Staates**
Ungarn übernimmt Praktiken der deutschen Ethnopolitik und erklärt hunderttausende Bürger seiner Nachbarländer zu seinen Staatsangehörigen. Mittel dazu ist das neue ungarische Staatsbürgerschaftsrecht, das mit Jahresbeginn in Kraft getreten ist. Bürger sämtlicher angrenzender Länder erhalten auf Antrag einen ungarischen Pass, sofern sie ungarische Blutsabstammung geltend machen können. (…) Teil des Umbaus ist das heftig kritisierte neue Mediengesetz, das geeignet ist, jede Opposition zur völkischen Politik dauerhaft zu unterdrücken. Die Regierungspartei Fidesz ist CDU und CSU freundschaftlich verbunden, sie wird von deutschen Parteienstiftungen begünstigt und kann an jahrzehntelange enge deutsch-ungarische Kooperation anknüpfen. (…)
Mittlerweile hat der enge Kooperationspartner Berlins die Kontrollbefugnisse des ungarischen Verfassungsgerichts in weiten Teilen außer Kraft gesetzt, einen parteitreuen Generalstaatsanwalt und einen dem Ministerpräsidenten loyal ergebenen Staatspräsidenten eingesetzt, “Säuberungen” der Kulturszene und der Wissenschaft eingeleitet und die völkische Formierung Ungarns weiter vorangetrieben. In einem nächsten Schritt ist eine Einschränkung des Streikrechts geplant. “Das Mediengesetz”, urteilen Kritiker, “ist da nur das vorläufige Tüpfelchen auf dem i.” Es ist Teil eines völkischen Komplettumbaus des ungarischen Staates, der mit Macht vorangetrieben wird – und offenkundig günstige Bedingungen in einem Europa findet, das unter der Hegemonie Deutschlands und damit der deutschen Ethnopolitik steht.
Quelle: German Foreign Policy
15. **Wikileaks zu Dänemark: Antwort unerwünscht**
Offiziell verlangte die dänische Regierung Aufklärung von den USA über geheime CIA-Flüge mit Terrorverdächtigen an Bord – denn Grönland wurde für Zwischenlandungen genutzt. Diplomatische Kabel zeigen nun: eine Antwort wünschte Kopenhagen nicht. (…) Die CIA hatte unter Präsident George W. Bush Personen, die sie des Terrorismus verdächtigte, entführt, in geheime Gefängnisse außerhalb der Reichweite der amerikanischen Jurisdiktion geflogen und dort verhört und gefoltert. (…) Der damalige Außenminister Per Stig Møller kündigte an, von der US-Regierung die notwendigen Informationen einzufordern, die ein Licht auf die illegalen Transporte geworfen hätten. Doch US-Botschafter James Cain konnte Washington beruhigen: hohe Beamte aus Außenministerium und der Kanzlei von Premier Anders Fogh Rasmussen hätten ihm versichert, dass die Regierung zwar wegen der durch den TV-Film ausgelösten öffentlichen Kontroverse unter Druck sei, dass sie aber gar keine Antwort wünsche. Man werde alles tun, um eine parlamentarische Untersuchung zu vermeiden. Die Fragen, die man stellen müsse, könne Washington selbst formulieren.
So setzte die Regierung eine aus 48 Beamten bestehende Arbeitsgruppe ein, mit dem

klaren Ziel, die Sache unter einem Papierberg zu begraben. Die guten Beziehungen zwischen Rasmussen und Bush sollten durch die Affäre nicht belastet werden. Zwar hatte der US-Präsident seinem dänischen Adlaten versichert, dass dieser „alle relevanten Informationen“ bekommen werde. Doch das Resultat war die US-Standardantwort: „Die Vereinigten Staaten geben keine Auskünfte über spezifische Flugzeuge oder deren Ziele.“ Offiziell machte diese Antwort Außenminister Møller wütend: „Das ist natürlich völlig unakzeptabel.“ Inoffiziell sei man damit sehr zufrieden gewesen, berichtete Cain nach Hause.
Quelle: FR

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Zumindest bzgl. der Marschrichtung hin zur Bananenrepublik scheint innerhalb der EU ein gemeinschaftlicher Geist zu herrschen.*

16. **Tote und Verletzte bei sozialen Protesten in Algerien und Tunesien**
In den nordafrikanischen Staaten Tunesien und Algerien dauerten die sozialen Proteste auch am Montag an. Die Zahl der Todesopfer in Tunesien ist auf 23 angestiegen, in Algerien starben drei Menschen und über 800 wurden verletzt. Die Proteste richten sich gegen hohe Arbeitslosigkeit und hohe Lebensmittelpreise. Nach Meinung politischer Beobachter sind die Proteste Ausdruck grundsätzlicher Revolten gegen die politischen Eliten.
Quelle: Junge Welt
17. **Sudan: Satelliten sollen Gewalt verhindern**
Wenn der Südsudan wie erwartet seine Unabhängigkeit ausruft, könnten an der neuen Staatsgrenze gewalttätige Auseinandersetzungen zunehmen. Es wird befürchtet, dass der Norden eine Loslösung des öl- und rohstoffreichen Südens nicht tatenlos hinnehmen wird. Außerdem ist die neue Grenze an vielen Stellen nicht eindeutig festgelegt. Mit Hilfe kommerzieller Satelliten will eine NGO mit prominenter Unterstützung verhindern, dass die sudanesische Armee oder die berüchtigten Reitermilizen Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung begehen: „Wir sind die Anti-Genozid-Paparazzi” bringt es Hollywoodstar George Clooney auf den Punkt. Die Satellitenbilder verdächtiger Truppenbewegungen oder verbrannter Dörfer sollen helfen, schnell auf Gewaltausbrüche reagieren zu können.
Der Einsatz von Überwachungssatelliten war bisher Regierungen vorbehalten, die die erforderliche Infrastruktur finanzieren können. Doch mit der Verbreitung kostenloser Satellitenbilder durch Services wie Google Earth haben auch NGOs begonnen, aktuelles Bildmaterial für ihre Analysen zu verwenden. Für eine Liveübertragung reicht die Bandbreite der Überwachungssatelliten allerdings noch nicht aus: es dauert acht bis 24 Stunden, bis die Bilder ausgewertet werden können. Da in dieser Zeit viel

geschehen kann, ist es laut Patrick Meier vom Crisis Mapping Project der Harvard Humanitarian Initiative wichtig, potenziellen Gewalttätern zu signalisieren, dass sie unter Beobachtung stehen und für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden können.
Quelle: derStandard.at

Anmerkung Orlando Pascheit: *Stellt sich die Frage, warum die besorgte Weltöffentlichkeit bzw. die UNO nicht schon längst Überwachungssatelliten über bestimmten Krisengebieten einsetzt.*